

# Presseinformation

Potsdam, 29. Juni 2010

Am kommenden Freitag wird der Landtag über die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn diskutieren – am 1. Mai 2011 laufen entsprechende Beschränkungen endgültig aus, von denen einige EU-Mitgliedstaaten, darunter auch die Bundesrepublik, Gebrauch gemacht hatten (2 + 3 + 2 – Regelung). Zum Antrag der Koalitionsfraktionen „Vorbereitung auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 – wirksame Schritte hin zu einem gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt an Oder und Neiße“ erklärt der *arbeitsmarktpolitische Sprecher Andreas Bernig*:

## **Gute Arbeit – gute Bildung - Gemeinsam für eine Zukunft an Oder und Neiße**

Mit ihrem Antrag greifen SPD und DIE LINKE zentrale Anliegen ihres Koalitionsvertrages auf:

- der am Leitmotiv des „Sozialen Europas“ ausgerichtete Einsatz für einen **gesetzlichen Mindestlohn**, der die Beratung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bezug auf soziale Standards und Arbeitnehmerrechte in Deutschland ebenso einschließt wie die konsequente Bekämpfung von Schwarzarbeit;
- die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Polen, um einen gemeinsamen **Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialraum an Oder und Neiße** zu schaffen;
- die Ausrichtung der Bildungspolitik des Landes an den Bedürfnissen unserer Grenzlage – wir brauchen **Qualifizierung für den gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt**, was mit verstärkten Anstrengungen der Vermittlung von Polnisch in allen Bildungsgängen verbunden sein muss.

DIE LINKE hat sich seit dem Beitritt der Republik Polen wiederholt dafür eingesetzt, dass die Bundesrepublik die in den Beitrittsverträgen eingeräumten Übergangsbestimmungen nicht vollständig ausnutzt. Wir haben regionale Lösungen für die Grenzregion, gemeinsame Lösungen mit den Partnern in Polen gefordert. Dass **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“** Leitmotiv bei einer solchen Öffnung sein muss, war für uns klar!

Nun trennt uns knapp ein Jahr vor der vollen Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus acht von zehn 2004 beigetretenen Staaten. Die Öffnung des Arbeitsmarktes wird wegen der zwar sinkenden, aber dennoch relativ hohen Arbeitslosigkeit im Lande mit vielen Ängsten verbunden sein. Die rot-rote Koalition nimmt diese Ängste ernst, wir wollen ihnen zugleich aber Fakten und Tatsachen entgegensetzen.

DIE LINKE Fraktion  
im Landtag Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam  
Pressesprecherin:  
Alexa Lamberz  
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37  
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40  
E-Mail: [pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

Die Öffnung des Arbeitsmarktes ist eine Chance gerade für uns in Brandenburg – sie kann den Prozess der Öffnung nach Osten weiter befördern, vorausgesetzt, ihr liegen hohe soziale Standards zugrunde und Lohndumping wird überall bekämpft!